


ZEICHENERKLÄRUNG



1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1 BauGB)

- 1.1 **MI** Mischgebiet  
§ 6 BauNVO
- 1.2 **GE** Gewerbegebiet  
§ 8 BauNVO
- 1.3 **GI<sub>0</sub>** eingeschränktes Industriegebiet  
§ 9 BauNVO

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1 und (3) BauGB)

- 2.1 z.B. **0,8** maximal zulässige Grundflächenzahl
- 2.2 z.B. **1,2** maximale zulässige Geschossflächenzahl
- 2.3 z.B. **II** maximale zulässige Zahl der Vollgeschosse
- 2.4 z.B. GH=10,0 m maximale Gebäudehöhe ab bestehender Geländeunterkante (siehe textliche Festsetzungen)
- 2.5  Abgrenzung unterschiedlicher Maße der Nutzung



3. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN, STELLUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 (1) 2 BauGB)

- 3.1  Offene Bauweise
- 3.2  Baugrenze


4. FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND WALD (§ 9 (1) 15 BauGB)

- 4.1  Waldfläche


5. FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) 20 BauGB)

- 5.1  Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
- 5.2  Ausgleichsmaßnahme (siehe textliche Festsetzungen)


6. FLÄCHEN FÜR DIE UMGRENZUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) 25 BauGB)

- 6.1  Umgrenzung von Flächen für die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern

7. BINDUNGEN FÜR DIE BEPFLANZUNG UND DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) 25 BauGB)

- 7.1  Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern


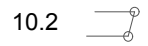
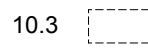


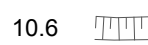

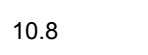
8. SONSTIGE NACHRICHTLICH ÜBERNOMMENE FESTSETZUNGEN UND HINWEISE (§ 9 (6) BauGB)

- 8.1  Nach § 32 BNatSchG besonders geschütztes Biotop (Amtliche Kartierung)

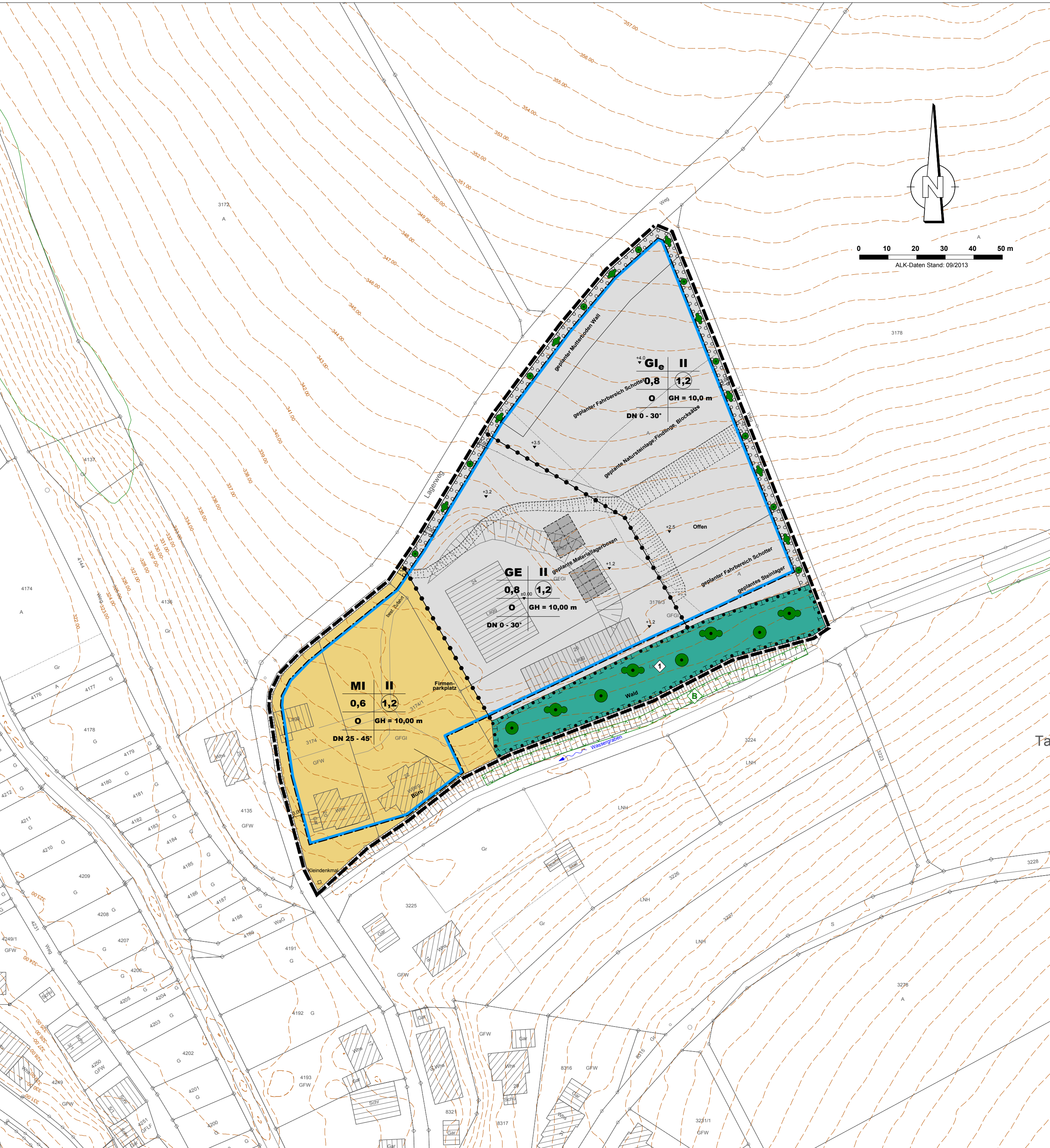
9. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANS (§ 9 (7) BauGB)

- 9.1  Grenze des Geltungsbereichs des Bebauungsplans

10. SONSTIGE PLANZEICHEN UND -DARSTELLUNGEN

- 10.1  bestehende Gebäude
- 10.2  Grenzen Bestand
- 10.3  Aus Bauantrag nachgetragenes Gebäude
- 10.4  Kleindenkmal
- 10.5  Höhenlinien (in 1m-Schritten)
- 10.6  bestehende Böschungen
- 10.7  geplante Böschungen
- 10.8  Fallschema der Nutzungsschablone:

Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl (GRZ)	Geschossflächenzahl (GFZ)
Bauweise	maximale Gebäudehöhe (in Metern)
Dachneigung	



I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1 BauGB; § 6,8 und 9 BauNVO)

- 1.1 Mischgebiet (MI) gemäß § 6 BauNVO entsprechend Planeintrag

- 1.1.1 Ausschluss nach § 1 (6) 1 BauNVO:  
Die im MI-Gebiet nach § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind unzulässig.

- 1.2 Gewerbegebiet (GE) gemäß § 8 BauNVO entsprechend Planeintrag

- 1.2.1 Ausschluss nach § 1 (6) 1 BauNVO:  
Die im Gewerbegebiet nach § 8 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind unzulässig.

- 1.3 Eingeschränktes Industriegebiet (GI<sub>0</sub>) gemäß § 9 BauNVO i. V. m. § 1 (5) und (9) BauNVO entsprechend dem Planeintrag

- 1.3.1 Ausschluss nach § 1 (5) BauNVO:  
Die im GI<sub>0</sub>-Gebiet nach § 9 (2) BauNVO zulässigen Tankstellen sind unzulässig.  
Anlagen, die im Geltungsbereich der Störfallverordnung zuzuordnen sind (§ 1, 12 BImSchV), werden nicht zugelassen.

- 1.3.2 Ausschluss nach § 1 (6) 1 BauNVO:  
Die im GI<sub>0</sub>-Gebiet nach § 9 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind unzulässig.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1 BauGB)

- 2.1 Grundflächenzahl gemäß Planeintrag (§ 16 (2) 1 BauNVO)

- 2.2 Geschossflächenzahl gemäß Planeintrag (§ 16 (2) 2 BauNVO)

- 2.3 Zahl der Vollgeschosse gemäß Planeintrag (§ 16 (2) 3 BauNVO)

- 2.4 Höhe baulicher Anlagen gem. § 16 (2) und § 18 BauNVO

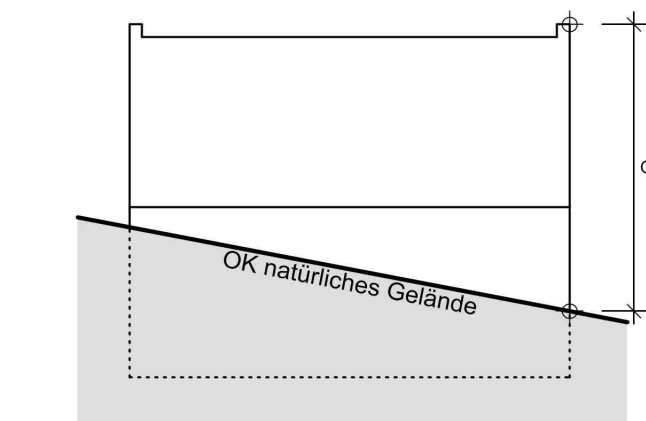
- 2.5 Die max. Höhen baulicher Anlagen ergeben sich aus ihrer zeichnerischen Festsetzung.  
Dabei bedeutet GH = Gebäudehöhe.

Als Gebäudehöhe gilt der lotrechte Abstand zwischen Oberkante des bestehenden natürlichen Geländes und dem höchsten Gebädepunkt (Oberkante der Attika bei Flachdachausbildung, höchster Punkt des Firsts bei Pult-, Sattel- oder Sheddachausbildung).

Als Bezugspunkt der festgesetzten Gebäudehöhe gilt der Schnittpunkt der an das Gebäude angrenzenden tiefsten Stelle des natürlichen Geländes mit der Gebäudeaußenkante. Als natürliches Gelände gilt die Grundstückstopographie vor Beginn jeglicher Bauarbeiten (§ 18 Abs. 1 BauNVO).

Eine Überschreitung der maximal zulässigen Gebäudehöhe ist mit untergeordneten technischen Einrichtungen und Aufbauten wie Dachbelichtungen, Klimatisierung- oder Belüftungsanlagen auf maximal 5 % der Dachfläche zulässig. Ein Abstand von 2,0 m zum Dachrand ist einzuhalten.

Erläuterungskizze zur maximalen Gebäudehöhe



Der neue geplante Geländeverlauf sowie die Einhaltung der festgesetzten Höhen (Höhe baulicher Anlagen und sichtbare Gebäudehöhe) ist in den Baugesuchunterlagen nachzuweisen.

3. BAUWEISE (§ 9 (1) 2 BauGB; § 22 BauNVO)

- 3.1 Offene Bauweise gemäß Planeintrag (§ 22 (4) BauNVO)

4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN (§ 9 (1) 2 BauGB; § 23 BauNVO)

- 4.1 Die überbaubaren Grundstücksflächen bestimmen sich durch Baugrenzen gemäß Planeintrag (§ 23 (1und 3) BauGB).

5. FLÄCHEN FÜR ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE UND GARAGEN (§ 9 (1) 4 BauGB )

- 5.1 Überdachte Stellplätze und Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

6. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) 20 BauGB)

- 6.1 Alle Eingriffe in Natur und Landschaft wie Abgrabungen und Aufschüttungen sowie Zufahrten, Zuwege, Hof- und Stellplatzflächen sind zu minimieren (§ 4 BBodSchG).

- 6.2 Die Straßenbeleuchtung ist in insektenfreundlicher Ausführung zu erstellen. Diese Festsetzung gilt für öffentliche und private Straßen, Wege und Plätze.

- 6.3 Fassadenflächen, die auf einer Länge von mehr als 10,0 m geschlossen sind, sind auf dieser Länge mit einer Kletterpflanze zu begrünen.

- 6.4 Einfriedungen von Lagerflächen sind mit Hecken oder Kletterpflanzen zu begrünen.

- 6.5 Befestigte Zufahrten, Zuwege, Stellplätze und Lagerflächen sind, soweit nicht Schadstoffe vorkommen können, wasserdränlässig auszuführen. Ausgenommen sind Lkw-, Fahr-, Stell- und Waschflächen.

- 6.6 Baufeldräumung und Gehölzrodung  
Der Gehölzaufwuchs und die sonstige Vegetation in der zu bebauenden Fläche sind im Vorfeld von Baumaßnahmen in der Zeit von Oktober bis Februar komplett zu räumen. Der Abbruch von Gebäuden ist im Zeitraum zwischen Oktober und Februar ohne Einschränkungen möglich. Außerhalb dieser Zeitfensters ist der Abbruch nur zulässig wenn vorher nachgewiesen wurde, dass keine Vogel an den Gebäuden nisten.

Um Bruten von Bodenbrütern zu verhindern und die Zaunedeckchen an dem Beginn der Vegetationsperiode bis zur Bebauung mindestens alle 2 Wochen zu mähen. Das Mähgut ist abzuräumen.

Die obere Bodenschicht darf erst nach dem Ende der Winterruhe der Zaunedeckchen aber noch vor der Eiablage abgetragen werden.

Auf § 44 Bundesnaturschutzgesetz wird verwiesen.

7. ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) 25a BauGB)

- 7.1 In den Baulflächen des Mischgebiets sind mindestens fünf Laub- oder Obstbäume zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Bäume müssen bei ihrer Pflanzung als Hochstämme einen Stammumfang von mindestens 10-12 cm haben. Erhaltene Bäume werden angerechnet.

- 7.2 Mindestens 5% der Grundstücksflächen sind mit gebietsheimischen Sträuchern gruppen- oder heckenartig zu bepflanzen. Dabei ist je Strauch 2,0 m<sup>2</sup> Pflanzfläche anzunehmen. Erhaltene Hecken und Gebüsche werden angerechnet.  
Pflanzabstände: 1,5 m  
Pflanzgröße: 2 x v, 60-100 cm

- 7.3 Flächenhafte Ausgleichsmaßnahme - Baum- und Strauchpflanzungen am Nordwest- und Ostrand  
Entlang des Nordwestrand des GE und GI<sub>0</sub> sowie des Ostrands des GI<sub>0</sub> wird ein 3 m breiter Streifen als Fläche für das Anpflanzen festgesetzt. Die Fläche ist als Fettwiese einzusäen und ein- bis zweimal jährlich zu mähen.  
Im knapp 150 m langen Abschnitt entlang des verlängerten Lagerwegs sind auf mindestens 50 % der Fläche Hecken unterschiedlicher Länge aus gebietsheimischen Sträuchern zu pflanzen. Zwischen die Heckenabschnitte sind mindestens 6 Laub- oder Obstbäume einzeln oder in Zweifelhöhen zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Der Abstand zwischen den Bäumen sollte dabei mindestens 10 m betragen. Die Bäume sollen bei ihrer Pflanzung als Hochstämme einen Stammumfang von mindestens 12-14 cm haben.

In dem ca. 135 m langen Teil entlang des Ostrandes des GI<sub>0</sub> ist auf ganzer Länge eine Hecke aus gebietsheimischen Sträuchern zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.  
Pflanzabstände Sträucher: 1,5 m  
Pflanzgröße Sträucher: 2 x v, 60-100 cm

- 7.4 Ein Rückschnitt ist nur im Winterhalbjahr (1.10. bis 28.2.) zulässig. Die Pflanzungen sind innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung der Bebauung zu vollziehen. Dabei sind die Artenlisten im Anhang zu berücksichtigen.

8. ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) 25b BauGB)

- 8.1 Das Feldgehölz an dem Hang oberhalb des Durstigen Grabens wird erhalten.

- 8.2 Eine Waldentwicklung ist zuzulassen. Das Feldgehölz ist forstwirtschaftlich zu nutzen. Im Zuge dieser Nutzung und zur Verkehrssicherung ist die Entnahme von Einzelbäumen erlaubt, Kahlschläge sind dagegen unzulässig.

II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

1. ÄUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 74 (1) 1 LBO)

- 1.1 Dachform und Dachneigung

Als Dachform werden im Mischgebiet geeignete Dächer, im GE und GI-Gebiet alle Dachformen (Flach-, Pult-, Sattel- und Sheddach) zugelassen.

Dachneigung entsprechend dem Planeintrag in der Planzeichnung.

- 1.2 Dachdeckung

Die Verwendung der Dächer zur aktiven Nutzung der Sonnenenergie und Dachbegrünung ist zulässig. Darüber hinaus ist die Verwendung reflektierender Materialien zur Dacheindeckung unzulässig.

Die Verwendung von unbeschichteten Metallen (Kupfer, Zink, Blei) ist unzulässig. Die Beschichtung muss geeignet sein, das Metall dauerhaft vor Korrosion zu schützen.

- 1.3 Äußere Gestaltung

Bei der Fassadengestaltung sind beige oder graue Farben und Materialien oder Holz zu verwenden. Die Verwendung von Materialien mit Blendwirkung ist unzulässig.

Gebäude von mehr als 40 m Länge sind mindestens alle 30 m durch Vorbauten, rankender Begrünung, Versatz oder farbliche Gestaltung vertikal zu gliedern.

- 1.4 Werbeanlagen (§ 74 (1) 2 LBO)

Werbeanlagen sind in die Fassaden zu integrieren. Freistehende Werbeanlagen oder Werbeanlagen auf Dachflächen sind unzulässig.  
Es sind nur blendfreie Werbeanlagen zulässig. Werbeanlagen aus reflektierenden Materialien oder mit wechselndem Licht sind unzulässig. Eine Beleuchtung der Werbeanlagen ist nur indirekt durch Strahler zulässig.  
Werbeanlagen werden auf eine Ansichtsfläche von 1,5 x 3,0 m begrenzt.

- 1.5 Einfriedigungen (§ 74 (1) 3 LBO)

Zulässig sind Zäune bis max. 1,8 m Höhe sowie frei wachsende Hecken. Die Verwendung von Stacheldraht und optisch undurchlässigen Metallgittern und -zäunen ist nicht gestattet.

2. ANLAGEN ZUM SAMMELN, VERWENDEN ODER VERSICKERN VON NIEDERSCHLAGS - WASSER (§ 74 (3) 2 LBO)

- 2.1 Das anfallende nicht schädlich verunreinigte Niederschlagswasser von Dach- und Hofflächen ist getrennt zu erfassen und nach ausreichender Rückhaltung in das Seitental der Erfa einzuleiten. Eine vorrheige Regenwassernutzung auf den Grundstücken ist zulässig.

Es ist auf den Grundstücken ein entsprechendes Rückhaltevolumen in Form von naturnahen Erdbecken, Mulden, Rügeln, Einstauböcken, Rückhalteziernen oder ähnlichen Einrichtungen zu schaffen. Im Rahmen von Einzelbauanträgen ist hierzu eine Entwässerungsplanung vorzulegen, die mit der Fachbehörde im Landratsamt abzustimmen ist.

Die Notwendigkeit zur vorgeschalteten Regenwasserbehandlung ist abhängig von der jeweiligen Grundstücksnutzung im Rahmen der jeweiligen Einzelbauanträge mit der unteren Wasserbehörde zu klären. Wasserrechtliche Erlaubnispflichten bleiben von den Regelungen des Bebauungsplans unberührt.

III. HINWEISE

1. Grundwasserfreilegung

Maßnahmen, bei denen aufgrund der Tiefe des Eingriffs in den Untergrund mit Grundwasserfreilegungen gerechnet werden muss, sind der unteren Wasserbehörde rechtzeitig vor Ausführung anzuzeigen.

Wird im Zuge von Baumaßnahmen unerwartet Grundwasser erschlossen, so sind die Arbeiten, die zur Erschließung geführt haben, unverzüglich einzustellen und das Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis als untere Wasserbehörde zu benachrichtigen (§ 37 (4) WG).

Eine ständige Grundwasserableitung in die Kanalisation oder in ein Oberflächengewässer ist unzulässig.

2. Bodenfunde

Beim Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des 4. Werktags nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Landesdenkmalamt mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist (§ 20 DSchG i.V.m. § 27 DSchG). Auf die Anhörung von Ordnungswidrigkeiten nach Denkmalschutzgesetz wird verwiesen.

3. Bodenschutz

- 3.1 Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Auf die Bestimmungen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG), der Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) und das Landesbodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) wird hingewiesen.

- 3.2 Baugrubenaushub ist weitestgehend an Ort und Stelle wieder einzubauen (Bodenausgleich). Das anfallende Material ist getrennt nach Oberboden und mineralischem Untergrund zu erfassen und einer Wiederverwendung zuzuführen. Der Oberboden ist zu Beginn der Erdarbeiten abzuschieben und sachgemäß zwischenzulagern. Nicht an Ort und Stelle einzubauender Boden ist zu entsorgen.

Oberboden und Bodenaushub können nur dann verwendet werden, wenn diese keine umweltrelevanten Schadstoffe enthalten und am Ort des Auf- oder Einbringens die Besorgnis des Entstehens einer schädlichen Bodenveränderung nicht hervorgerufen wird (§ 7 BBodSchG (Vorsorgepflicht) und § 9 BBodSchV).

- 3.3 Bei allen Baumaßnahmen ist humoser Oberboden und Unterboden getrennt auszubauen und gemäß § 4 Bundesbodenschutzgesetz und § 202 Bundesbaugesetz schonend zu behandeln (soweit die Böden keine umweltrelevanten Schadstoffe enthalten).

Wird humoser Oberboden zwischengelagert, sind hierzu Lager vorgesehen, die den Erhalt der Bodenfunktionen, insbesondere die biologische Aktivität, gewährleisten (z.B. Miete: Schutthöhe bei feinkörnigem Boden mit Pflanzenresten max. 1,50 m, bei sandigem Boden mit wenig Pflanzenresten max. 2,50 m, Schutz vor Veräusung und Staunässe etc.).

- 3.4 In nicht zur Bebauung vorgesehenen Bereichen sind Bodenverdichtungen zu vermeiden, um die natürliche Bodenstruktur vor erheblichen und nachhaltigen Veränderungen zu schützen. (§ 4 (1) BBodSchG)

- 3.5 Der Grundstückseigentümer, der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück und derjenige, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, die zu Veränderungen der Bodenbeschaffenheit führen können, sind verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können (§ 7 BBodSchG).

4. Haltevorrichtungen und Leitungen für Beleuchtungskörper

Der Eigentümer hat gemäß § 126 BauGB das Anbringen von Haltevorrichtungen und Leitungen für Beleuchtungskörper der Straßenbeleuchtung einschließlich der Beleuchtungskörper und des Zubehör sowie Kennzeichen und Hinweisschilder für Erschließungsanlagen auf seinem Grundstück zu dulden. Es erfolgt im Einzelfall eine vorrheige Benachrichtigung.

5. Altlasten

Bei Tiefbauarbeiten anfallendes Aushubmaterial ist ordnungsgemäß zu verwerten/beseitigen. Falls bei Bauarbeiten Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen, auf erdferme Ablagerungen oder auf Deponiegas (z.B. Alttablagerung von organischem Material) festgestellt werden, ist das Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis umgehend zu informieren und die erforderlichen Maßnahmen mit dem Sachgebiet Wasserwirtschaft und Bodenschutz abzustimmen.

Bei erheblichem Ausmaß sind die Arbeiten bis zur Klärung des weiteren Vorgehens vorläufig zu unterbrechen. Bezüglich des Entsorgungsweges und der Formalitäten gibt der zuständige Abfallentsorger Auskunft.

6. Archäologische Denkmalpflege

Sollten in Folge der Planungen bei der Durchführung von Erdarbeiten bisher unbekannte archäologische Funde und Befunde entdeckt werden, sind diese dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Ref. 26 umgehend zu melden. Die Fundstelle ist bis zu vier Werktagen nach der Fundanzeige unberührt zu lassen, wenn nicht eine Verkürzung der Frist mit dem Ref. 26 vereinbart wird (§ 20 DSchG i.V.m. § 27 DSchG).

7. Erhaltung des Kleindenkmals

An der Erhaltung des Kleindenkmals besteht aus wissenschaftlichen, künstlerischen und heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse (§ 2 DSchG i.V.m. § 8 DSchG)

8. Hydrogeologisches Versickerungsgutachten

Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 136 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehrerfüllten Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten.

9. Pflege- und Durchforstungseingriffe

Der gesetzliche Waldmindestabstand wird deutlich unterschritten. Bei derzeitigen mittleren Baumhöhen von ca. 5 m - 8 m ist das Gefahrenrisiko noch relativ gering. Bei weiterem Höhenzuwachs und einer zu erwartenden Fichten-Endhöhe von ca. 25 m steigt die Wurfgefahr jedoch stetig an. Vor diesem Hintergrund ist bei künftiger Waldbewirtschaftung den Sicherheitsanforderungen gebührend Rechnung zu tragen. Die Höhenentwicklung der randständigen Bäume ist bei künftigen Pflege- und Durchforstungseingriffen dem jeweiligen Sicherheitsbedürfnis anzupassen (möglichst stufte Walddarngestaltung).

10. Baugrunduntersuchung

Es werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen nach DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 empfohlen.

RECHTSGRUNDLAGEN

Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplans sind:

Baugesetzbuch (BauGB)  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414),  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2014 (BGBl. I. S. 854) m.W.v. 01.08.2014

Landesbauordnung (LBO)  
für Baden-Württemberg in der Fassung 05.03.2010 (GBl. Nr. 7, S. 358)  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.12.2013 (GBl. S. 389, 440) m.W.v. 01.01.2014

Baumutzungsverordnung (BauNVO)  
in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I. S. 132),  
die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I. S. 1548) geändert worden ist

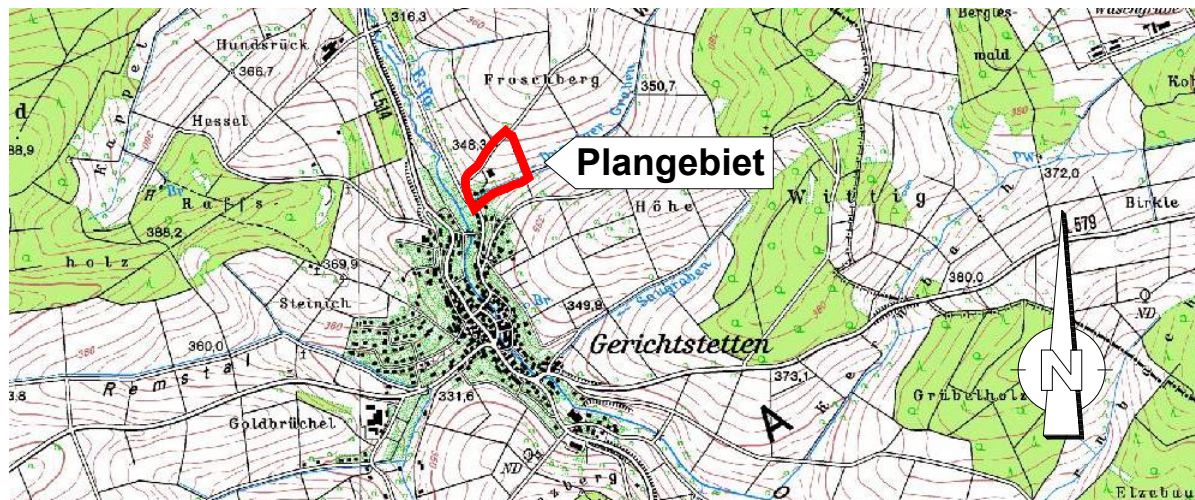
Planzeichenverordnung (PlanZVO)  
in der Form vom 18.12.1990 (BGBl. I. S. 58),  
zuletzt geändert durch den Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I. S. 1510)

VERFAHRENSVERMERKE

- |  |                               |
|--|-------------------------------|
| 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB  | am 21.10.2013                 |
| 2. Ortsübliche Bekanntmachung gem. § 2 (1) BauGB   | am 13.02.2014                 |
| 3. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB                           | am 26.02.2014                 |
| 4. Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB                                 | vom 25.03.2014 bis 30.04.2014 |
| 5. Billigung des Planentwurfs und Auslegungsbeschluss gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB | am 28.07.2014                 |
| 6. Öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB      |                               |
| 6.1 Bekanntmachung   | am 07.08.2014                 |
| 6.2 Auslegungsfrist / Behördenbeteiligung  | vom 18.08. bis 19.09.2014     |
| 7. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB   | am 20.10.2014                 |
| 8. Genehmigung gem. § 10 (2) BauGB   | am                            |
| 9. Bekanntmachung gem. § 10 (3) BauGB  | am                            |

Ausfertigung:	
Der textliche und zeichnerische Inhalt dieser Satzung stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Gemeinderates vom 20.10.2014 überein. Die ordnungsgemäße Durchführung der o.g. Verfahrensschritte wird bestätigt.	
Hardheim, den	Der Bürgermeister
(Siegel)	.....

ÜBERSICHTSPLAN (Grundlage TK 25, unmaßstäblich)



KOMMUNALPLANUNG • TIEFBAU • STÄDTEBAU				
Dipl.-Ing. (FH) Guido Lysiak	Dipl.-Ing. Jürgen Glaser			
Beratende Ingenieure und freie Stadtplaner				
Eisenbahnstraße 26, 74821 Mosbach • Fon 06261/9290-0 • Fax 06261/9290-44 • info@ik-mosbach.de • www.ik-mosbach.de				
Datum	Zeichen	Gefertigt:	Anlage	2
bearbeitet 20.10.2014	Phi		Fertigung	
gezeichnet 20.10.2014	Phi		Projekt Nr.	2793
Gemeinde				
Ortsteil				
Projekt				
Maßstab				
Die Gemeinde:				
Der Bürgermeister				

# Hardheim

## Gerichtstetten

# BEBAUUNGSPLAN

## Lagerweg

1 : 1000 ( im Original )